

Atomkraftgegner kritisieren Urenco-Verkaufspläne: - macht britische Regierung Zugeständnisse für hohen Preis? - Proliferation, Zentrifugen-Technik und Atommüll Streitpunkte

(22.04.13) Anti-Atomkraft-Initiativen und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisieren die aktuellen Verkaufspläne für die Urananreicherungsfirma Urenco. Nachdem die britische Regierung angekündigt hat, rund 3,5 Mrd. Euro aus dem Verkauf ihrer Drittelbeteiligung an Urenco erzielen zu wollen, fürchten die AtomkraftgegnerInnen nun, dass mögliche Käufer für diesen sehr hohen Verkaufspreis von den jetzigen Urenco-Eigentümern – neben dem britischen Staat auch der niederländische Staat sowie EON und RWE – möglicherweise schwerwiegende Zugeständnisse verlangen könnten. Auch die Bundesregierung sitzt als Vetomacht mit am Verhandlungstisch, weil Urenco in Gronau eine Urananreicherungsanlage betreibt und in Gronau und Jülich zusammen mit Areva Urananreicherungs-Zentrifugen entwickelt und baut.

Mögliche Streitpunkte beim Verkauf dürften die militärisch relevanten Aspekte der Urananreicherung sein, also der uneingeschränkte Zugang zu der sehr brisanten Zentrifugen-Technik sowie die mögliche Weiterverbreitung der für den Atombombenbau geeigneten Urananreicherungstechnologie. Erst kürzlich hatte der Chef der Bundes-Entsorgungskommission, Michael Sailer, erklärt: „Die Urananreicherung ist der schnellste Weg zur Atombombe.“

Weitere Zugeständnisse könnten darin bestehen, dass die Bundesregierung ihr bisheriges Veto- und Mitspracherecht bei Urenco-Verkaufsentscheidungen aufgeben muss. Ein dritter Punkt könnte in der Übernahme der Entsorgungsverpflichtungen für den in Gronau anfallenden Uranmüll durch die Bundes- und die Landesregierung bestehen. Damit kämen auf die deutschen SteuerzahlerInnen unabsehbare Probleme und Kosten zu.

„Wer einen hohen Verkaufspreis für seine Urenco-Anteile erzielen will, wird an anderer Stelle sicherlich Zugeständnisse machen müssen. Doch gerade bei der Urananreicherung und den Zehntausenden Tonnen Uranmüll, die dabei über die Jahre anfallen, kann dies schnell dramatische politische und finanzielle Folgen haben. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, einem Verkauf der militärisch und zivil gefährlichen und überflüssigen Urananreicherung nicht zuzustimmen, sondern die Urananreicherungsanlage in Gronau sofort stillzulegen,“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

„Die Bundesregierung hat den Atomausstieg für Deutschland beschlossen – dazu muss auch die Urananreicherung gehören. Niemand weiß, welche Folgen der Verkaufspoker rund um die Urenco-Anteile haben kann. Urananreicherung ist immer ein Sicherheitsrisiko und darf weder in Deutschland noch anderswo eine Zukunft haben,“ so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz.

Weitere Infos: www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.kein-castor-nach-ahaus.de, www.bbu-online.de

Kontakt:

Udo Buchholz: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Tel. 02562-23125

Matthias Eickhoff: Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0251-9720765